

1 **Antragstitel: Energie und Arbeitsplätze**  
2 **Energiepolitische Leitlinien der FDP Nordrhein-Westfalen**

3  
4 **Antragsteller: Landesvorstand (advokatorisch)**

5  
6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7  
8 **1. Energiepolitik ist Standortpolitik**

9 Eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen gehört zu den elementaren  
10 Grundlagen des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Sie ist deshalb völlig ungeeignet für ideologi-  
11 sche Experimente und ökologische Hirngespinnste. Für NRW hat die Energiepolitik mehr denn je  
12 eine besondere Dimension: Ein Drittel des deutschen Stroms wird in NRW produziert, von den  
13 bundesweit 660.000 Beschäftigten der Energiewirtschaft arbeitet jeder vierte in NRW, hundert-  
14 tausende Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie in NRW hängen unmittelbar von inter-  
15 national wettbewerbsfähigen Energiepreisen ab. In einer Zeit, in der sich die Standortqualität  
16 Nordrhein-Westfalens einem immer härteren Wettbewerb stellen muss, sind zu hohe Energiekos-  
17 ten gleichbedeutend mit dem sicheren Exodus energieintensiver Industrien aus NRW. Energie-  
18 preise sind darüber hinaus ein wichtiger Bestandteil der Lebenshaltungskosten der privaten  
19 Verbraucher. Jeder politische Eingriff in die Preisgestaltung hat soziale Konsequenzen. Dennoch  
20 ist die Energiepolitik unter rot-grünen Regierungen in Berlin und Düsseldorf zum Tummelplatz  
21 grüner Ideologen verkommen, die Wohlstand und Arbeitsplätze in NRW akut bedrohen. Die FDP  
22 NRW will deshalb eine Energiewende, die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit wieder  
23 in den Mittelpunkt rückt.

24  
25 **2. Energiepreisbildung auf dem Markt statt durch den Staat**

26 Der effizienteste und produktivste Mechanismus zur Nutzung von Ressourcen ist der Markt. Er  
27 allein gewährleistet die Flexibilität, die erforderlich ist, um die Bedürfnisse von Millionen von  
28 Verbrauchern, von Unternehmen und privaten Haushalten in Einklang zu bringen mit einem  
29 technologisch hoch entwickelten Angebot. Nur der Wettbewerb bringt immer neue, günstigere  
30 und effizientere Methoden hervor. Genau darin entwickelt sich Fortschritt. Und genau diesen  
31 Mechanismus setzt Rot-Grün mit seiner Energiepolitik außer Kraft. Der Markt ist heute längst  
32 aus dem Lot und nicht mehr ausschlaggebend für die Preisbildung im Energiesektor. Die politi-  
33 schen Vorgaben von Rot-Grün bestimmen die Energiepreise und ihre Steigerungen.  
34 Die von der FDP angestoßene und durchgesetzte Liberalisierung und Deregulierung der Ener-  
35 giemärkte hatte seit Mitte der 90er Jahre zu einer Kostenentlastung für private Verbraucher und  
36 Unternehmen im Umfang von etwa 7,5 Milliarden Euro durch Marktöffnung geführt. Industrie-  
37 kunden sparten 40 %, die Haushalte ca. 20 %.

38 Seit Mitte 2000 steigen die Preise wieder an. Vom durchschnittlichen Strompreis eines Drei-  
39 Personen-Haushaltes entfallen inzwischen ca. 40 % auf staatlich verursachte Lasten (EEG,  
40 KWKG, Ökosteuer etc.). Die Haushalte zahlten 2003 wieder so viel für Strom wie zu Beginn der  
41 Liberalisierung. Auch die Strompreise für die Industrie werden immer stärker mit Steuern, Abga-  
42 ben und Umlagen belastet. Der Anteil dieser Lasten hat sich 2003 im Vergleich zu 1998 sogar  
43 verzehnfacht.

44 Diese Eingriffe stellen eine gewaltige Markt- und Wettbewerbsverzerrung dar, unter der die  
45 energieintensive Industrie in NRW, wo sogar noch eine Wassersteuer hinzugekommen ist, be-  
46 sonders zu leiden hat. Die FDP NRW will deshalb die Energiemärkte weiter liberalisieren, diri-  
47 gistische Eingriffe unterbinden und wettbewerbsverzerrende Subventionen konsequent abbauen.  
48 Hierzu gehört auch eine schlanke und unbürokratische Regulierung der Energiemärkte durch das  
49 Bundeskartellamt und nicht durch die eigentlich abzuschaffende Regulierungsbehörde für Tele-  
50 kommunikation und Post. Für diese Mammutbehörde hat Rot-Grün sogar einen umfangreichen  
51 Personalaufbau vorgesehen.

52  
53 **3. Energiepolitik ohne ideologische Scheuklappen und nationale Alleingänge**

54 Versorgungssicherheit bleibt eine zentrale Aufgabe nationaler Energiepolitik. Nationale Allein-  
55 gänge werden im Zeitalter der Globalisierung hingegen zu einer industriepolitischen Absurdität.  
56 So ist es grotesk, dass Rot-Grün die sichersten Kernkraftwerke der Welt abschalten will, während  
57 unsere EU-Partner unser Land dann umso leichter mit konkurrenzlos preisgünstigem Atomstrom  
58 beliefern können. So ist es grotesk, dass Rot-Grün völlig unrealistische CO<sub>2</sub>-Minderungsziele

1 vorgibt, obwohl kein anderes Industrieland seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bereits derart weitgehend redu-  
2 ziert hat. So ist es grotesk, dass Rot-Grün Windindustrieanlagen an windschwachen Standorten  
3 besonders hoch subventioniert, so dass bereits mehr als 40 % der weltweit installierten Nennlei-  
4 stung an Windindustrieanlagen in Deutschland errichtet worden sind. Die FDP NRW will, dass  
5 solche von grünen Ideologen betriebenen nationalen Alleingänge in der Energiepolitik umgehend  
6 beendet werden. Für eine verantwortungsvolle Energiepolitik darf es auch keine umweltpoliti-  
7 schen Denkverbote geben. Immer mehr Klimaforscher warnen davor, die menschlichen Einflüsse  
8 auf die Erwärmung des Erdklimas gegenüber langfristigen natürlichen Entwicklungen zu über-  
9 schätzen. Schon weil wir um die Endlichkeit fossiler Energieträger wissen, stehen Energieeinspa-  
10 rung und die Verbesserung der Energieeffizienz im Zentrum liberaler Energiepolitik. Aber CO<sub>2</sub>-  
11 Minderung darf nicht länger zum Dogma stilisiert werden, das ohne Rücksicht auf Industrie und  
12 Arbeitsplätze durchgesetzt wird.

#### 13 14 **4. Im Wettbewerb zu einem ausgewogenen Energiemix**

15 Die Stromerzeugung in Deutschland basiert auf einem breiten Energieträgermix. 27 % des  
16 Stromangebots stammen aus Braunkohle, 23 % aus Steinkohle, 28 % liefert die Kernenergie, auf  
17 Erdgas entfallen 9 %, auf erneuerbare Energieträger 8 %, Mineralöl und sonstige Energieträger  
18 haben einen Anteil von 4 % an der Bruttostromerzeugung. Die Vielfalt der Energiequellen muss  
19 erhalten und unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umwelt-  
20 verträglichkeit zu einem ausgewogenen und mit Blick auf Wohlstand und Arbeitsplätze verant-  
21 wortbaren Mix zusammengeführt werden. Seine wichtigsten Säulen bleiben beim derzeitigen  
22 Stand der Technik die Kohleverstromung und die friedliche Nutzung der Kernenergie. Der opti-  
23 male Energiemix ist jedoch nicht planbar, sondern kann sich nur im freien Wettbewerb der Ener-  
24 gieträger herausbilden.

#### 25 26 **5. Subventionsfreie Braun- und Steinkohle als Rückgrat der Energieversorgung**

27 Die Verstromung von Braun- und Steinkohle bildet das Rückgrat der Energieversorgung in NRW  
28 und in Deutschland insgesamt. 85 % der Stromerzeugung und 43 % des Primärenergieverbrauchs  
29 in NRW entfallen auf diese beiden Energieträger.

30 Die heimische Braunkohle ist aufgrund der günstigen Abbaubedingungen international wettbe-  
31 werbsfähig und ermöglicht eine subventionsfreie und kostengünstige Stromerzeugung. Die um-  
32 fangreichen und größtenteils leicht zugänglichen Braunkohlevorräte leisten einen wichtigen Bei-  
33 trag zur Versorgungssicherheit. Diesem Stellenwert muss die Energiepolitik durch langfristig  
34 verlässliche Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Dies gilt insbesondere für das Kraftwerkser-  
35 neuerungsprogramm im rheinischen Braunkohlerevier, das mit einem privat finanzierten Investi-  
36 tionsvolumen von zehn Milliarden Euro für den Energie- und Wirtschaftsstandort NRW heraus-  
37 ragende Bedeutung hat.

38 Im Unterschied zur Braunkohle ist die deutsche Steinkohle wegen der ungünstigen geologischen  
39 Bedingungen international nicht wettbewerbsfähig. Nur aufgrund gewaltiger Subventionszahlun-  
40 gen wird sie zur Verstromung eingesetzt. Importkohle ist dagegen langfristig weltweit verfügbar  
41 und zu rund viermal günstigeren Preisen erhältlich. Dennoch will Rot-Grün für den Zeitraum von  
42 2006 bis 2012 weitere Subventionen in Höhe von 16 Milliarden Euro für die deutsche Steinkohle  
43 bewilligen. Dieser eklatante Verstoß gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit lässt sich auch  
44 nicht mit dem Argument der Versorgungssicherheit rechtfertigen. Denn durch die von der Bun-  
45 des- und der Landesregierung in NRW angestrebte Zielgröße von 16 Millionen Tonnen Steinkoh-  
46 leeinheiten (SKE) im Jahr 2012 würden lediglich drei Prozent des deutschen Primärenergiebe-  
47 darfs abgedeckt.

48 Deshalb will die FDP NRW den sofortigen Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung. Die  
49 dadurch freiwerdenden Mittel sollen NRW für Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung  
50 und ein Zukunftsprogramm Montanregion zugute kommen, das den Strukturwandel an den Berg-  
51 baustandorten unterstützt. Da die Steinkohleförderung immer als ein nationales Interesse defi-  
52 niert worden ist, müssen die sog. Ewigkeitskosten des Steinkohlebergbaus vom Bund übernom-  
53 men werden. Trotz des unausweichlichen Endes der deutschen Steinkohleförderung wird die  
54 Verstromung von kostengünstiger Importkohle auch in Zukunft einen bedeutenden Beitrag zur  
55 Energieversorgung leisten.

#### 56 57 **6. Kernenergie muss Bestandteil des Energiemixes bleiben**

58 Der ideologisch motivierte Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie ist widersinnig und  
59 energiepolitisch nicht zu verantworten. Ein derartiger nationaler Alleingang Deutschlands führt

1 lediglich dazu, dass ausländische Betreiber von Kernkraftwerken den deutschen Strommarkt  
2 noch leichter erobern können. Während deutsche Kernkraftwerke abgeschaltet werden, werden  
3 jenseits unserer Grenzen neue errichtet.

4 Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist für die Stromversorgung insbesondere im Grundlast-  
5 bereich derzeit unverzichtbar. Ein internationaler Ausstieg würde zu einer gigantischen Versor-  
6 gungslücke führen, die nur durch einen drastisch ansteigenden Verbrauch fossiler Energieträger  
7 mit allen darin enthaltenen Klimarisiken geschlossen werden könnte. Auch über die auf 32 Jahre  
8 willkürlich verkürzte Betriebszeit der achtzehn in Deutschland bestehenden Kernkraftwerke  
9 hinaus brauchen wir diese Option der Stromerzeugung als wichtigen Bestandteil des Energiemi-  
10 xes. Deshalb will die FDP NRW, dass alle Chancen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in  
11 Deutschland erhalten bleiben und insbesondere Forschung und Entwicklung im Bereich der  
12 Kernfusion sowie der Kernsicherheitsforschung weitergeführt werden. Ein weiteres Abwandern  
13 dieser Technologiekompetenzen aus Deutschland schadet nicht nur dem Standort, es gefährdet  
14 auch den sicheren Betrieb und Rückbau bestehender deutscher Kernkraftwerke.

#### 15 16 **7. Marktwirtschaftliche Fortentwicklung erneuerbarer Energien**

17 Die erneuerbaren Energien sollen im Energiemix der Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Des-  
18 halb ist es sinnvoll, die Forschung im Bereich der regenerativen Energieträger auch im Bereich  
19 der Land- und Forstwirtschaft staatlich zu fördern, neue Technologien unter realistischen Bedin-  
20 gungen zu testen und für ihre Markterprobung ökonomische Anreize zu setzen. Erneuerbare  
21 Energien werden jedoch nur dann ihren Anteil am Energiemix in Deutschland signifikant erhö-  
22 hen können, wenn sie auch zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sind. Solange dies nicht der  
23 Fall ist, ist es industriepolitisch unverantwortlich, unausgereifte Technologien mit Milliarden-  
24 subventionen künstlich in den Markt zu drücken, wie es Rot-Grün zum Schaden von Unterneh-  
25 men, Arbeitsplätzen und Verbrauchern praktiziert. Dies ist umso unsinniger, je unverträglicher  
26 und widersprüchlicher die hierfür eingesetzten Instrumente sind. Ein funktionierender Emissi-  
27 onshandel zur Reduktion von Treibhausgasen zum Beispiel führt die Förderung erneuerbarer  
28 Energien mittels EEG, KWKG und Ökosteuern ad absurdum. Folglich müssen diese Dreifach- und  
29 Vierfachbelastungen durch unterschiedliche Instrumente konsequent abgebaut und die betreffen-  
30 den Gesetze aufgehoben werden. Für die FDP stehen konsequent marktwirtschaftliche Anreize  
31 für Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien an erster Stelle. Das jetzige Förderre-  
32 gime mittels Garantiepreisen dagegen setzt den Markt außer Kraft, setzt die falschen Anreize und  
33 verzögert somit die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energieträger.

34 Profiteure sind vor allem die Betreiber von industriellen Windanlagen, für die es sich lohnt, an  
35 jedem noch so unsinnigen Standort und ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit Windräder zu  
36 installieren. Die Windkraftsubventionierung kostet Bürgern und Unternehmen heute schon 3  
37 Mrd. € jährlich. Die FDP NRW will, dass diese Fehlentwicklungen korrigiert werden und der  
38 Bau industrieller Windkraftanlagen gestoppt wird. Bis dahin muss die kommunale Planungsho-  
39 heit beim Bau von Windkraftanlagen durch eine entsprechende Änderung des Baugesetzbuches  
40 wieder hergestellt werden. Anlagen, die noch errichtet werden, müssen Mindestabstände von  
41 1.500 Metern zu allen Wohngebäuden einhalten. Regenerative Energien sollen nur noch durch  
42 eine degressiv und zeitlich befristet ausgestaltete Anschubfinanzierung gefördert werden können.  
43 Nur so können subventionsfreie Versorgungsstrukturen und ein sich selbst tragender Markt für  
44 die Nutzung erneuerbarer Energien entstehen.

#### 45 46 **8. Energieforschung als Instrument einer zukunftsweisenden Energiepolitik**

47 Die Energiepolitik muss der Versorgungssicherheit, der Gewähr eines ökonomisch vertretbaren  
48 Energiepreinsniveaus, dem Schutz der Umwelt und der Verringerung weltweiter energiebedingter  
49 Krisenpotenziale gerecht werden. Die Forschungspolitik muss sich allerdings im Rahmen eines  
50 breiten und ideologisch nicht eingeschränkten Technologieansatzes bewegen können.

51 Vor dem Hintergrund einer noch lange Zeit andauernden Nutzung fossiler Energieträger ist die  
52 Weiterentwicklung konventioneller Kraftwerkstechniken von großer Bedeutung. Bei einer ratio-  
53 nellen Energienutzung geht es insbesondere um die Verbesserung der Wirkungsgrade, die Opti-  
54 mierung von Antriebsprozessen und Verbrennungsmotoren sowie die Entwicklung von Hybrid-  
55 systemen, die Weiterentwicklung der Brennstoffzelle und der Wasserstofftechnik und Fortschrit-  
56 te bei der Kernfusionsforschung.

57 Wichtig ist darüber hinaus die Entwicklung leistungsfähiger Energiespeichertechnologien, die  
58 gerade den erneuerbaren Energien große Zukunftschancen eröffnen könnten. Über die Forschung  
59 zur Marktfähigkeit und Wirtschaftlichkeit bereits bekannter Energiespeichersysteme hinaus muss

57. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen  
am 24. April 2004 in Hagen

---

**Seite 4**

**Antrag Nr. A 04-2-38**

1 die Grundlagenforschung in die Lage versetzt werden, eine breit angelegte interdisziplinäre E-  
2 nergiespeicherforschung zu betreiben.

3

4 **B e g r ü n d u n g**: erfolgt ggf. mündlich

5

.....

6

7 **BESCHLUSS**: beschlossen (mit wenigen Änderungen)

8

9